

Richter erteilen OGI eine Absage

02.12.11

Verwaltungsgericht weist Klage der Stadt Bad Wurzach ab – OGI-Gegner sehen sich bestätigt

Von Nina Jahnel

BAD WURZACH - Justitia hat gesprochen: Der geplante interkommunale Oberschwäbische Gewerbe- und Industriepark, kurz OGI, ist vom Tisch. Zumindest vorerst. Das Verwaltungsgericht Sigmaringen hat gestern die Klage der Stadt Bad Wurzach gegen das Land Baden-Württemberg abgewiesen. Streitpunkt war, dass das Landratsamt Ravensburg die zweite Änderung des Flächennutzungsplans nicht genehmigt und OGI damit abgelehnt hat. Eine Begründung für das Urteil liegt derzeit noch nicht vor, sondern wird für Anfang Januar erwartet.

Die Enttäuschung bei der Stadt Bad Wurzach war gestern groß. Der erste Schrecken sei schon ein bisschen verdaut, „aber noch nicht ganz“, sagte ein hörbar niedergeschlagener Bürgermeister Roland Bürkle der Schwäbischen Zeitung. Ein wenig überrascht habe ihn das Urteil schon, zumal er nach der Verhandlung am Mittwoch noch Hoffnung gehabt habe. „Ich habe mich vom Gericht in unseren Belangen ernst genommen gefühlt“, erklärt er weiter. Welche Auswirkungen hat der Gerichtsentscheid nun? „Man merkt schon, dass die Planungshoheit durch Naturschutzfragen eingeschränkt ist.“ Und er fügt an: „Das heißt, das Landratsamt kann den gewählten Vertretern sagen, was sie in ihrer Stadt tun dürfen. Das bereitet mir schon Kopfzerbrechen.“



Auf der Fläche jenseits dieser Straße hätte das interkommunale Gewerbe- und Industriegebiet entstehen sollen. Diese Pläne sind mit der Entscheidung des Verwaltungsgerichts vorerst vom Tisch.

FOTO: NINA JAHNEL

Der Stadt steht der Gang in die nächste Instanz offen. Ob man Berufung einlegen wolle, hänge aber von der Urteilsbegründung ab. „Ich will nicht mit dem Kopf durch die Wand, aber ich hätte auch den Mut, zum Verwaltungsgerichtshof nach Mannheim zu gehen“, so Bürkle. Aber zuerst wolle er sich eben die Fakten anschauen. „Vielleicht muss ich mir dann ja auch eingestehen, dass es eben nicht geht.“ Grundsätzlich sei er aber nach wie vor überzeugt, „dass wir auf dem richtigen Weg sind“.

Enttäuscht zeigten sich auch die Bürgermeister der drei anderen am

OGI beteiligten Kommunen Bad Waldsee, Wolfegg und Bergatreute (siehe Stellungnahmen).

Für das Landratsamt Ravensburg sei das Urteil „eine Bestätigung, aber kein Grund, die Sektkorken knallen zu lassen“, wie Pressesprecher Franz Hirth gestern der Schwäbischen Zeitung sagte. „Wir sehen uns nach wie vor als Partner der Kommunen bei der Suche nach geeigneten Gewerbeflächen.“ Landrat Kurt Widmaier habe stets betont, „dass wir zusammenarbeiten und die Kommunen nach besten Kräften unterstützen“. Das Verhältnis zur Stadt Bad Wur-

zach sieht die Behörde trotz der Klage nicht getrübt: Auf beiden Seiten stehen Leute, die das professionell sehen“, so Hirth. „An dem bis dato guten Verhältnis wird sich auch künftig nichts ändern.“

Erleichtert über den Urteilspruch zeigten sich auch die beiden Bürgerinitiativen Wurzacher Becken und Lebenswerter Haistergau. „Wir fühlen uns bestätigt, weil wir von Anfang an gesagt haben, dass dieser hochsensible Standort nicht für ein Industriegebiet geeignet ist“, sagten Andrea Hagenlocher und Dr. Stefan Hövel unisono. „Wir hoffen, dass Herr Bürkle nun zu seinem Wort steht, die Entscheidung des Gerichts anzuerkennen, und dass er nicht in Berufung geht.“

Standortfragen geprüft

Dem Urteilspruch vorausgegangen war eine eintägige Verhandlung am Mittwoch im Pius-Scheel-Haus in Bad Wurzach. Den Vorsitz führte Richter Stefan Röck. Neben Umwelt- und Naturschutzbelangen und wie diese bei der Planung berücksichtigt wurden, spielte die Standortprüfung eine wichtige Rolle. Das Landratsamt warf der Stadt vor, nicht intensiv genug nach anderen möglichen Standorten gesucht zu haben, sprach sogar von einer „gewissen Vorfestlegung“ aufseiten der Stadt. Die hielt dagegen, das Landratsamt habe zum Beispiel Truschwende als Alternative erst nach Abschluss des Verfahrens ins Spiel gebracht. Und: „Dass wir bei

Zwings Grundstücke haben, wusste das Landratsamt, wir haben nichts heimlich gemacht“, so Bürgermeister Bürkle. Für Missstimmung zwischen den beiden Parteien sorgte auch ein Telefonat im Jahr 2006. Der Umwelddezernent des Landratsamtes, Walter Sieger, erklärte, er habe Bürkle seinerzeit von dem Gebiet abgeraten. Dieser sagte am Mittwoch aus, er habe in diesem Gespräch wahrgenommen, dass es allein an der geplanten Größe von damals 50 Hektar Fläche

lag und dass es mit verkleinerter Fläche kein Problem sei. Dieser beharrte darauf, damals von „kleinerer Fläche an einem anderen Standort“ gesprochen zu haben.

Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Das ist es erst, wenn das Urteil samt Begründung von den drei verhandelnden Berufsrichtern unterschrieben, den Parteien zugestellt ist und die Stadt Bad Wurzach als Klägerin innerhalb der Monatsfrist auf Berufung verzichtet.

Das sagen die Bürgermeister dazu

Peter Müller: „Ich bin natürlich enttäuscht von der Entscheidung des Gerichts“, sagt der Wolfegger Bürgermeister Peter Müller. Nach der Verhandlung gestern habe er einen anderen Ausgang erwartet. Was die Entscheidung für die Zukunft heißt, dazu kann und will sich Müller nicht äußern: „Erst nach der Begründung des Urteils werden wir uns gemeinsam entscheiden“, sagt der Wolfegger Bürgermeister. Dann werde man unter anderem beraten, ob man in Berufung gehen werde.

Helmfried Schäfer: „Das Urteil ist bedauerlich“, sagt Helmfried Schäfer, Bürgermeister von Bergatreute, gegenüber der Schwäbischen Zeitung. Wenn man gegen etwas klage, dann erhoffe man sich auch

eine andere Entscheidung. Jetzt will er erst mal die Begründung der Entscheidung abwarten. Erst wenn die Begründung vorliege, könne man sehen, an welchen Stellen man ansetzen könne.

Roland Weinschenk: „Persönlich bin ich überrascht vom Ausgang der Verhandlung“, sagt Bad Waldsees Bürgermeister Roland Weinschenk. Er sei lange Zeit in der Verhandlung in Bad Wurzach dabei gewesen und habe dabei gute Chancen gesehen. Nun müsse man sich die noch ausstehende Urteilsbegründung im Detail ansehen. Trotz der Erweiterung des Gewerbegebiets Wasserstall in Bad Waldsee brauche man OGI, da gerade Flächen für Industrie benötigt würden. (kab/mst)